

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Vierteljährlich 60 Goldmarken. Die Einzelnummer kostet 10 Goldmarken. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 10 Goldmarken. Der Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldmarken, die Reklameweile 26 Goldmarken. Die Einschaltung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung bedingt kein Anspruch auf Rückerstattung. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 285.

Ultensteig, Donnerstag den 6. Dezember.

Jahrgang 1923

Die Reise ins Rheinland.

Der „Geleitschein“. — Die Zugerechnungen. — Keine Schwierigkeiten mit Papiermarkt.

Die Einreise aus dem unbefestigten Gebiet in das Rheinland ist noch immer an den Besitz eines „Geleitscheins“ gebunden, den die „Besatzungsbehörden“ ausstellen; vor der Befreiung des Ruhrgebietes genügte der deutsche Personalausweis, der für diese Zwecke von den deutschen Polizeibehörden kostenlos ausgestellt wurde; nach Errichtung der neuen „Grenzlinie“, die das alt- und neubefestigte Gebiet einschließt, wurde für die im unbefestigten Gebiet wohnenden Reichsdeutschen der verschärfte „Zwang“ eingeführt, d. h. die Einreise wurde von einer besonderen Genehmigung der „Besatzungsbehörde“ abhängig gemacht und in Form des sogenannten „Geleitscheins“ erteilt.

Die neuen Einreisebestimmungen unterscheiden zwischen drei verschiedenen Bereichen des befestigten Gebietes; da ist zunächst die „englische Zone“, die nur noch den Besatzungsbehörden in Köln umfasst; Anträge auf Erteilung einer Einreisegenehmigung für dieses Gebiet sind an das Städtische Verkehrsamt in Köln a. Rh., Dombhof 28, zu richten; für das altbefestigte Gebiet sind die Anträge an die Ober-Delegierten der Interalliierten Kommission*) zu richten, für das neue befestigte Gebiet an die örtlichen „Besatzungsbehörden“.

Den Anträgen sind ein deutscher Personalausweis beizufügen, aus dem die Wohnung des Antragstellers hervorgeht, und zwei Lichtbilder; ferner sind genau der Zweck und das Ziel der Reise, ihre Dauer (Ankunft und Abfahrt im befestigten Gebiet), der Ein- und Ausreisort sowie der Reisetag, die Namen und Wohnungen der Personen, zu denen der Antragsteller sich begeben will oder über die über ihn Auskunft erteilen können, anzugeben; schließlich sind dem Antrag die Ausfertigungsgebühren von fünf Goldmarken und die Gebühr für das Antwortschreiben beizufügen.

Am allgemeinen soll der Einreiseantrag unmittelbar an die „Besatzungsbehörde“ gerichtet werden; in dringenden Fällen und bei Geschäftsreisen wird es sich empfehlen, die nötigen Unterlagen an Verwandte oder Geschäftsfreunde zu senden und sie um die Beschaffung des Geleitscheins zu bitten; dieser Weg dürfte besonders im Ruhrgebiet schneller zum Ziele führen, als der direkte schriftliche Antrag; allerdings müssen die im befestigten Gebiet Wohnenden, die den Antrag vorlegen, in der Lage sein, über den Antragsteller genaue Auskunft zu geben und in gewissem Sinne eine Bürgschaft für ihn zu übernehmen.

Die Geleitscheine werden an den Übergangsstationen ins befestigte Gebiet kontrolliert, und es ist dringend davon abzuraten, etwas ohne Geleitschein bis an die „Grenze“ zu fahren in der Hoffnung, dort schon irgendwie durchzukommen oder den Geleitschein an Ort und Stelle zu erhalten. Für die Einreise nach Elberfeld-Barmen, das unbefestigt ist, bedarf es zwar keines Geleitscheins; aber die Franzosen kontrollieren in Westhofen und Hengstfeld (auf der Straße Schwerte-Hagen) die Züge und verlangen auch von Reisenden nach Elberfeld einen deutschen Personalausweis oder Pass und als Beweis, daß sie nicht ins befestigte Gebiet wollen, die Fahrkarte, aus der das Reiseziel (also Hagen oder Elberfeld bzw. umliegende Orte) hervorgeht. Für die Reise in die rheinischen Kurorte und Heilbäder wird es das beste sein, sich an die Kurverwaltungen oder Badedirektionen zu wenden, die stets gern bereit sind, die Beschaffung des Geleitscheins zu vermitteln, wenn ihnen die nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Die Revisionen in den Zügen erstrecken sich besonders auch auf das Reisegepäck; aufgegebene Koffer werden im Packwagen untersucht, und Reisende, die größere Gepäckstücke mit sich führen, müssen sich an der Übergangsstation zum Packwagen begeben, um der Prüfung beizuwohnen und auf Fragen Auskunft erteilen zu können; in den meisten Fällen wird Gepäck, zu dem der Eigentümer sich nicht einfindet, von den französischen Zollbeamten zurückgehalten, und dann ist die Wiederherbeischaffung zuweilen schwierig; es ist auch vorgekommen, daß Koffer während dieser zwangsmäßigen „Aufbewahrung“ beschädigt oder beraubt wurden oder ganz abhandeln

*) Oberdelegierte der Interalliierten Rheinlandkommission sitzen in Bonn, Trier, Aachen, Wiesbaden, Mainz, Speyer, Kehl, Baden-Baden, Rachen, Düsseldorf und Koblenz; in Köln vermittelt die Beschaffung des Geleitscheins das Städt. Verkehrsamt (siehe oben).

kommen. In manchen Übergangsstationen wird auch das Handgepäck genau revidiert, und zeitweise müssen sämtliche Reisende den Zug verlassen und ihr Gepäck zur Kontrolle in die Bahnhofsräume bringen; Gepäckstücke, die im Zuge liegen bleiben, werden zuweilen beschlagnahmt. Ganz allgemein wird es sich also empfehlen, möglichst wenig Gepäck und nur zum dringenden persönlichen Gebrauch notwendige Dinge mit sich zu führen.

Die Pläne, für die befestigten Gebiete eine eigene Währung zu schaffen, haben sich bisher zu praktischen Ergebnissen nicht verdichtet; die Geldnot im Westen ist allgemein sehr groß, so daß der Notgeldwettbewerb drüben womöglich noch schlimmer ist als im unbefestigten Deutschland. Aus diesem Grund werden alle Zahlungsmittel des unbefestigten Deutschlands ohne Schwierigkeiten angenommen; natürlich besteht auch im Rheinland das Bestreben, Zahlungen möglichst in wertbeständigen Scheinen zu erhalten, und deutsche Rentenmarken, Gold- und Dollarschapanleihen und ihre Anteilscheine werden geradezu „mit Begeisterung“ angenommen. Die Preise, die im Westen stets etwas höher waren, sind auch jetzt — in Goldmark — stärker gesunken als im unbefestigten Deutschland, wozu zweifellos auch die Einkäufe der Besatzungstruppen und zum Teil die Devisen beigetragen haben, die während der Dauer der Ruhrbesetzung dem Rheinland zugeflossen sind.

Im ganzen gesehen zunächst jedenfalls keine Schwierigkeiten für Reisen nach dem Rheinland; denn auch rein menschlich werden die Deutschen aus dem unbefestigten Gebiet mit Freuden aufgenommen, und man darf nur — im Interesse beider Teile — von Herzen wünschen, daß die gegenseitige persönliche Fühlungnahme möglichst lebhaft ist und erhalten bleibt, und man sollte auch die Unbequemlichkeiten der Passprüfung und Gepäckkontrolle nicht scheuen, wenn es gilt, das abgeklärte Rheinland durch persönliche Verbindungen von Mensch zu Mensch stets von neuem daran zu erinnern, daß das unbefestigte Deutschland seines Rheins und seiner Ruhe nie vergessen wird. (D. N. 314.)

Preislenkung und Besserung des Mark.

Nachdem nunmehr eine Stabilität der Reichsmark im Auslande seit mehreren Tagen zu verzeichnen ist, kommen auch werbende Geldzeichen und Devisen freiwillig heraus, was bisher selbst durch Zwangsmaßnahmen nicht zu erreichen war. Das Angebot am Devisenmarkt ist zwar nicht groß, aber immerhin ist es bemerkenswert, daß einiges Material außerhalb der Reichsbank am Markte war. Weitens die meisten Devisen wurden im Kurse ermäßigt.

Es war heute Geld reichlich angeboten. Es scheint, als wenn die starke Ueberversorgung für den Ultimo vielfach zur Folge gehabt hätte, daß bei den Banken mehr Geld angeammelt ist als seit langer Zeit, denn einige Großbanken waren als starke Abgeber für tägliches Geld am Markte.

Die internationale Besserung der Mark hat sich weiter fortgesetzt. Aus New York wird ein Höchstkurs von 4 Billionen, ein Schlusskurs von 4,37 Billionen für den Dollar gemeldet. Der amtliche Berliner Mittelkurs von 4,2 Billionen ist somit unterschritten. In London wurden 20 Billionen Mark für ein Pfund Sterling notiert, ebenso zeigt Zürich eine ansehnliche Besserung des Marktkurses, 1 Franken = 760 Milliarden.

Der „Schwarze Börse“ hat sich darob große Panik bemächtigt. Schon in letzter Woche sank dort der Dollar auf 5 Billionen und darunter. Man hatte ihn vorher mit 10 und darüber gehandelt. Pfundnoten, die in der ersten Zeit der amtlichen Berliner Kursfestsetzung „Schwarz“ mit mehr als 40 Billionen gehandelt worden waren, gingen auf 20 Billionen zurück und freisten damit hart den amtlichen Berliner Kurs. Ohne Zweifel trägt zu der Befestigung der Mark im Auslande die Tatsache bei, daß zunächst technisch eine Vermehrung des Papiergeldumlaufes tatsächlich nicht mehr eintritt, daß aber andererseits wie sowohl die Mitteilung des Währungskommissars Dr. Schacht anfangs der Woche und die Rede Masenapps im Zentralbankrat der Reichsbank beweisen, unsere Währungspolitik nunmehr in eine planmäßige Führung genommen zu sein scheint.

Das neue deutsche wertbeständige Geld kommt auch in der Schweiz jetzt mehr und mehr in den Verkehr. Im Anhang wurden am Dienstag in Zürich für die Rentenmark 1,30 Franken bezahlt und für eine ganze Dollarschapanleihe 5,50 Franken.

Abbau der Ruhrbesetzung.

Paris, 5. Dez. Das französische Außenministerium veröffentlicht eine Mitteilung, in der auf die Einstellung des passiven Widerstands und den Abbau der Ruhrbesetzung Bezug genommen wird. Die Note hat folgenden Wortlaut: „Auf Verlangen des Generals Degoutte haben die französische und belgische Regierung beschlossen, unverzüglich gewisse „Verwaltungsmaßnahmen zugunsten der Bevölkerung“ zu ergreifen. General Degoutte steht auf dem Standpunkt, daß der passive Widerstand tatsächlich aufgehört hat, sobald die Arbeit in den Gruben und Fabriken wirksam wieder aufgenommen sein wird die Abschlüsse mit dem Reich über die Ausbreitung des rheinisch-westfälischen Bahnnetzes von der Regierung bestätigt werden und in Kraft treten. Nach der in Mainz unterzeichneten Vereinbarung werden diese Abschlüsse am 10. Dezember Gültigkeit erlangen. Die Umgruppierung der Militärkräfte, die „mit Rücksicht auf die Bevölkerung“ geschehen soll, hat bereits begonnen und wird allmählich fortgesetzt. Von diplomatischer Seite wird dazu mitgeteilt, daß die Maßnahmen, die eine Rückkehr zur „unsichtbaren Besetzung“ (eine „unsichtbare Besetzung“ hat es doch nie gegeben. D. Red.) ermöglichen sollen, bereits seit mehreren Wochen von den zuständigen Behörden geprüft werden. Diese Arbeiten seien indessen noch nicht zu Ende geführt und die französisch-belgischen Militärstellen beschäftigen sich mit der Sicherung der französisch-belgischen Truppenkörper.“

Paris, 5. Dez. Zu der Ankündigung vom allmählichen Abbau der Ruhrbesetzung liegen durchweg optimistische Pressestimmen vor. Die Blätter betonen einmütig, daß Poincaré mit der Rückkehr zur unsichtbaren Besetzung des Ruhrgebietes nach dem Erlöschen des passiven Widerstandes sein Wort einlöse (1).

Paris, 5. Dez. Der Düsselddorfer Richteratter der „Chicago Tribune“ macht bedeutende Angaben über den bevorstehenden Abbau der Ruhrbesetzung. Nach ihnen zu schließen, haben die interalliierten Militärbehörden im befestigten Gebiet nach der Unterzeichnung des Abkommens mit Stinnes den Plan zur allmählichen Räumung des Ruhrgebietes mit den deutschen Zivilbehörden ausgearbeitet. Auf Grund dieses Abkommens soll die augenblickliche Stärke der Besatzungstruppen von 55 000 Mann herabgesetzt werden. Die deutschen Beamten erlangen von neuem die Kontrolle über die Zollstationen, öffentlichen Gebäude usw. Der französische Generalkommandant wird seinen Sitz von Düsseldorf nach Mainz zurückverlegen und das belgische Hauptquartier wird von Sterkrade nach Duisburg zurückkehren.

Neues vom Tage.

Prinz Max von Baden zur Lage.

Karlsruhe, 5. Dez. Prinz Max von Baden stellt dem „Voten vom Salmtal“ längere Ausführungen zur Verfügung, die sich gegen den Bürgerkrieg, sowie gegen Frankreich ausprechen und für eine Reichstagsauflösung, Neuwahl des Reichspräsidenten und eine legale Diktatur eintreten. Er kommt dabei zu folgenden Schlussfolgerungen: Um dem Verfall zu begegnen, brauchen wir die Aufrichtung einer denkbar festen Staatsautorität, d. h. wir brauchen die Diktatur. Die vom Reichspräsidenten eingesetzte Militärkommission kann die Staatsautorität nicht erlangen. Eine Zivilkommission, die sich auf das heutige Parlament stützen würde, wäre ebenfalls unmöglich. Der Reichstag weiß, daß sein Mandat am Erlöschen ist. Wir brauchen deshalb die legale Diktatur, einen vom Volk gewählten Reichspräsidenten, der die ungeheuren Vollmachten, die ihm die Verfassung für Notfälle gibt, richtig anzuwenden in der Lage ist.

Stütige Kurven in Elberfeld.

Elberfeld, 5. Dez. Am Dienstag kam es in Elberfeld zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften in der inneren Stadt durch Erwerbslose, die die Annahme der Unterjägung verweigert hatten. Nachmittags hielten mehrere tausend Personen eine Versammlung an der Grenze des befestigten Gebietes ab, zu deren Schluß die Schupo sich ein französisches Truppenangebot herbeigeht hat. Dem Versuch, in geschlossenen Zügen in die Stadt einzurücken, traten die Schupoener energisch entgegen. Als aus der Menge heraus auf die Beamten geschossen wurde, erwiderten diese das Feuer. Es hat auf Seiten der Schupo vier Verletzte, auf Seiten der Demonstranten viele Verwundete und mehrere Tote gegeben. Man spricht von neun Opfern. Die Franzosen griffen nicht ein, sondern zogen ihr Kommando zurück. Bei neuen Versuchen einzelner Gruppen, mit der Absicht, zu plündern, in die Stadt einzudringen, ist es zu weiteren

Strassenkämpfen in den nördlichen Stadtteilen gekommen. Die Schupo ist augenblicklich Herr der Lage.

Amerika macht mit, wenn Polcare nachgibt.

London, 5. Dez. Der Berichterstatter der „Times“ in Washington meldet, daß die amerikanische Regierung nunmehr eine offizielle Einladung erhalten habe, an den Arbeiten der Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission teilzunehmen. Staatssekretär Hughes soll erklärt haben, daß die Vereinigten Staaten zur Hilfe bereit wären, daß aber eine Entscheidung der amerikanischen Regierung erst nach weiterer Auskunft aus Paris erfolgen könne. Die amerikanische Regierung soll der Auffassung sein, daß es unmöglich sei, für die Sanierung des deutschen Budgets und die Stabilisierung der neuen Währung einen Plan aufzustellen, wenn man nicht vorher jede Phase des Wirtschaftslebens in Deutschland prüft. Wenn Frankreich jetzt damit einverstanden sei, daß eine solche umfassende Untersuchung stattfinden, so bestehe jetzt nach der „Times“ die Aussicht, daß die Vereinigten Staaten Sachverständige in die Ausschüsse entsenden werden.

Zustimmung der Sozialdemokraten zum Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 5. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß mit 74 gegen 55 Stimmen das Ermächtigungsgesetz in der von den Koalitionsparteien der Regierung vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Darnach soll vor Erlass von Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ein Ausschuß des Reichstages angeberdet werden, ohne daß er aber ein Beschlußrecht hat.

Der „Vorwärts“ begründet den überraschenden Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion folgendermaßen:

„Indem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ermächtigungsgesetz bewilligt, tut sie das, was man im parlamentarischen Leben Englands „eine Chance geben“ nennt. Sie gibt der Regierung Marx die Möglichkeit, zu zeigen, was sie kann — und sie konnte sich dazu umso leichter entschließen, da sie doch nicht imstande war, ihr diese Möglichkeit zu nehmen. Es fällt ihr aber auch nicht im mindesten ein, die Verantwortung für das zu übernehmen, was die Regierung Marx auf Grund der Ermächtigungsgesetze verordnen wird. Dazu wird sie in vollkommener Unabhängigkeit sachlich Stellung nehmen. Sie wird dem zustimmen, was sie für richtig findet, und das tadeln, was ihr nicht gefällt. Durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes hätten wir erreicht, daß der Parlamentarismus zur Diktatur abgerufen wäre. Und war ein befristetes Ermächtigungsgesetz Heber, als ein unbefristeter Ausnahmezustand.“

2800 Ruhesteuern im Arter.

Berlin, 5. Dez. Eine Havasmeldung aus Düsseldorf behauptet, daß die deutscherseits angegebenen Zahlen über die in französischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen außerordentlich übertrieben seien und nur ein Zehntel der Gesamtziffer betragen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach vorläufigster Schätzung mindestens 5000 Deutsche lediglich aus politischen Gründen und zur Unterdrückung des passiven Widerstandes zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Von diesen befinden sich noch etwa 2800 in Haft. Die anderen sind infolge Ablaufs ihrer Strafen entlassen worden, während nur 10 vor der völligen Verbüßung ihrer Strafen in Freiheit gesetzt wurden.

Anklings Bayerische Politik.

München, 5. Dez. Am Mittwoch hielt Ministerpräsident Dr. von Kallking im ständigen Ausschuß des Landtages die längst erwartete politische Rede. Er erklärte zum Konflikt mit Berlin im Falle Dö-

low: Es sei nicht unwahrscheinlich, daß eine für Bayern ehrenvolle Friedigung in nächster Zeit zu erwarten sei. Den Hitler-Bußsch verurteilte er auf das schärfste. Es sei nicht bloß ein hochverräterisches Unternehmen gewesen, sondern auch eine Mißhandlung und ferner eine Todsünde gegen den vaterländischen Gedanken. Hitler habe sich als Führer unfähig erwiesen. Restlose Aufklärung könne nur das Strafverfahren gegen die Führer des Bußsch bringen. Man spreche viel von der Forderung nach einer Generalamnestie. In einem Rechtsstaat gebe es ohne Urteil keine Amnestie. Eine Niederschlagung der Strafverfahren würde auch gleichbedeutend sein mit einem Freibrief für weitere Bußsch. Das Verfahren finde statt nicht vor dem Weizsäcker Ausnahmegericht, sondern vor bayerischen Richtern. Eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof sei für Bayern nicht diskutabel. Die Gefahr sei noch nicht überwunden, so daß eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht verantwortet werden könne. Die Entlassung der verbotenen Verbände müsse voll durchgeführt werden. Das Nebeneinander der verschiedenen Verbände, die sich Gewalt anmaßen wollen, müsse endlich aufhören. Nachdem der Ministerpräsident von der neuen Reichsregierung nachdrücklich den verfassungsmäßigen Ausbau des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage verlangt hatte, kündigte er unter Hinweis auf die Notwendigkeit durchgreifender Sparmaßnahmen die Einbringung eines bayerischen Ermächtigungsgesetzes an und schloß mit einem Appell zum einmütigen Handeln aller staatsverhaltenden Kräfte unter harter Führung zur Rettung des Vaterlandes.

Sie rauden weiter.

Zürich, 5. Dez. Am 29. November sind die Franzosen abermals in die Druckerlei von Marks in Mülheim eingedrungen und haben dort 900 000 Billionen Mark an Reichsbanknoten weggenommen.

Ein Verteidiger der Ruhrbesetzung.

London, 5. Dez. Der englische Kriegsminister Lord Derby, ein unentwegter Französer (früher Hochschaffter in Paris) sagte in einer Wahlrede in Liverpool: Ich zähle nicht zu denen, die die Ruhrbesetzung für unangelegentlich halten. Ohne Zweifel tritt sich aber Frankreich, wenn es annimmt, auf diese Weise Entschädigungen zu bekommen. Doch ist es unbestreitbar, daß es einen deutlichen Erfolg davongetragen und Deutschland zum erstenmal seit dem Frieden gezwungen hat, einzugehen, daß es geschlagen wurde und seine Schulden bezahlen muß. In diesem Augenblick handelt es sich nicht darum, die Ziffer der Entschädigungen festzusetzen, sondern vor allem darum, die Bürgschaften und Sicherheiten, auf die die Verbündeten ein Anrecht haben, genau auszuarbeiten. Der geplante Sachverständigenausschuß könne sich folgende Ziele stellen: 1. Prüfung, wie viel Deutschland zahlen kann, wenn ihm finanzielle Hilfe gewährt wird; 2. welche Zahlungen es leisten kann und 3. welche Sicherheiten es den Verbündeten zur Verfügung zu stellen in der Lage wäre. Zum erstenmal seit dem Waffenstillstand scheint mir eine Verständigung aufzutreten.

Der italienische Kasparrenbruch.

Mailand, 5. Dez. Die Aufräumungsarbeiten in dem von der Hochwasserkatastrophe so schwer heimgesuchten Val Camonica in den Bergamasker Alpen haben Fortschritte gemacht. Die Verluste an Menschenleben scheinen höher zu sein, als die amtlichen Schätzungen angaben. In zwei der zerstörten Dörfer wurden auf den Feldern ungefähr 400 Leichen geborgen. Nach Berichten von Sonderkorrespondenten übertrifft der Anblick der verödeten Gegenden die lächerliche Phantasie. Statt Häuser und Gärten dehnt sich in einem Teile des Tals ein Trümmersfeld aus, wie nach einem Vergnügen, der hausgroße Felsen zu Tal wälzte. Noch ereigender sind die Berichte der wenigen Überlebenden. D'Annunzio stellte nach einem Besuche der Unglücksstätte die furchtbaren Bilder dieser Katastrophe noch über die Kriegsschreden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Dez.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann. Präsident Loh eröffnete die Sitzung um 2.20 Uhr und teilte mit, daß der Abg. Seemann (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe.

Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Regierungserklärung, die verbunden wurde mit der 1. und 2. Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Abg. Seemann (Soz.) gab folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion ist in Rücksicht auf den ungeheuren der innen- und außenpolitischen die sofortige wichtige Entscheidungen fordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten befristeten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen mit der Maßgabe, daß einer Vertretung des Reichstags dieselbe Mitwirkung zugesichert wird, wie dem Reichsrat.“ Der Redner bedauert, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien. In der Ausschaltung des Parlaments und der vorliegenden Finanzspruchnahme des Artikels 48 erblicke die Fraktion eine schwere Gefahr. Im Finanzproblem liege die Frage vom Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Für die Berordnung trage die Regierung allein die Verantwortung. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich ihre sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Die größte Opferbereitschaft komme denen zu, deren Leistungsfähigkeit am größten sei. Die Regierung dürfe nicht zurückschrecken vor einem Angriff auf die Vermögenssubstantz. Die Lebensinteressen der besitzlosen Volksklassen müßten dagegen geschont werden. Der Großbesitz habe sich bisher weitgehender Schonung erfreut, das müsse anders werden. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk baldmöglichst gefragt werde, wie es die Reichspolitik geföhrt sehen wolle. Er verlangt Aushebung des militärischen Ausnahmezustandes und Sicherung des Rechts der Rhein- und Ruhrbevölkerung, frei an den Reichstagswahlen teilzunehmen.

Abg. Dr. Haas (Centr.): Jedes Kabinett müsse grundsätzlich nach seinen Taten beurteilt werden. Die Währungs- und Finanzfragen seien heute der Kernpunkt. Raum ein Prozent der Staatsausgaben sei noch durch Einnahmen gedeckt, da sei schnelle Arbeit notwendig, bei der das Parlament zurücktreten müsse. Niemand sei im deutschen Volk der Wille zu einer Verständigung mit Frankreich so stark gewesen wie heute. Es entspreche sich dann eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Redner und den Deutschnationalen, die dem Redner in einem Jurat Begünstigung der Separatisten vorwerfen.

Abg. Dr. Scholz (D.Vp.): Die Achtung vor dem Parlamentarismus sei gesunken. Die Forderung nach Neuwahlen sei zwar verständlich, man müsse aber bedenken, daß sich unsere außenpolitische Lage dadurch katastrophal verschlechtern würde. Eine Regierung, hinter der kein Reichstag stehe, werde überhaupt nicht aktionsfähig sein. Die Deutsche Volkspartei werde diesem Kabinett ihre Unterstützung nach jeder Richtung angeheihen lassen.

Abg. Hergt (D.natl.) wendet sich gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit der Opposition und schließt mit einer Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, daß das Volk die Hoffnung auf eine günstige Wendung nur darin sehen könnte, daß rechtsgerichtete Kreise bestimmenden Einfluß auf die Regierung kommen. Die Bildung einer nationalen Regierung sei nicht gelungen, da sich die Mittelparteien nicht entschließen konnten, die Forderungen aus dem Wandel der Verhältnisse zu sehen. Die Haltung in der Preußenfrage entspreche nicht dem Reichsinteresse. Wieder einmal habe der Fraktionsgeist und die Angst vor den Wahlen gegolten. Der längst überfällige Reichstag müsse aufgelöst werden. Die Erklärung stellt zum Schlusse fest, daß die Deutschnationale Partei der schi-

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(43)

(Nachdruck verboten.)

Der Groß-Reicher steht vor seiner Haustür und dehnt sich behaglich im frostigen Sonnenschein. Das ist ein Blitzen heut in den reifgeschmückten Bäumen und ein Glanz über den weiten weißen Schneeflächen, die sich unter tiefblauen Himmel dehnen! Am Brunnen ein Gefunkel in den Eiszapfen, in den Fensterscheiben ein rosenvotes Glänzen...

„Schön war's schon, die Welt...“ denkt der Bauer und dann ruht er der Ruhmagd, die gerade aus dem Stall kommt, lachend den alten Witz zu: „Jetzt haben mer richtig ein ganzes Jahr verschlafen! Na ja — vorig's Jahr haben wir uns niedergelegt und heuer sind wir erst aufgestanden!“

Während Kofel nach der Mägdelammer geht, um die Dirnen zur Eile anzutreiben, tritt der Bauer rasch zu Beva und streckt ihr die Hand hin: „Biel Glück und Segen zum neuen Jahr, Beva, und gelt, wir wollen 'n Unfrieden nit mit herüber nehmen aus 'n alten?“ — Jögern nimmt sie seine Hand und blinzelt an ihm vorüber mitten in die Sonne hinein. „Sell wird nur auf dich ankommen, Titus.“

Er schweigt eine Weile, dann fährt er unsicher fort: „So lang ich denken kann, waren wir beinand, Beva, wieft mir jetzt das doch nit antun, daß d' auch du dem verhöllten Licht nachgessenst und in die Stadt gehst.“

„Daß mich das Licht nicht lockt, Titus, sell weißt. Mir war dort alles nur fohlschwarze Finsternis. Aber neben so ein Uebergeschreiten und dreimal Ge'sehen, wie du neuzeit worden bist, freut mich 's Sein auch nit. Was bleibt mit nachher übrig? Da herang' hab ich niemand mehr und dein doch die Vaf?“

„Beva... in der ein' Sach kann ich nit nachlassen.“

den Verbauert Hof hab ich der Dirn verschworen und der Bub wiederum laßt nit von sein Hof. Darum können wir in dem Punkt nimmer auf gleich kommen. Sonst aber... schau, Beva, gar so ein vernagelter Dickhäutl, wie d' meinst, bin ich nimmer. Wenn er um meine Hilfe fragen tät — bigott, ich laßet mich finden!“

„Na?“ drängt der Bauer. „Bleibst auf 'n Hof?“

Sie zuckt die Achseln. „Du mein! Ruh ich halt auch ein bißel nachgeben. Bis zum Herbst kann ich 's ja noch probieren da. Aber haufen soll nur die Kofel weiter — das bringt's am besten von ihren Gebanken ab.“

Kofel erscheint, von den Mägden und Knechten gefolgt. Nur der letzte Weibbus bleibt heute zurück, um mit dem Bauer das Haus zu hüten.

Beide sehen den Abgehenden nach, dann sagt der Bauer: „Lenz, daß du mir heut beiseit kein altes Weib hereinläßt! Hät mer's Weizert fertig für's ganze Jahr! Kommt abereso ein lehrlicher Bub, sei's, wer da will, den führst mit Hall und Schall in die Stuben zu mir hinein!“

„St recht, Bauer.“

Die weil der Groß-Reicher dann in der Stube sitzt und sich eifrig in die Geheimnisse des Bauernkalenders vertieft, liegt Lenz draußen auf der Bauer.

Plötzlich springt er erschrocken auf. Kommt da richtig die alte Kräuter-Randl harmlos dahergeeortelt!

„Seht ab nit,“ schreit ihr dr Lenz schon von weitem zu, „werdet doch um Christwillen nit weiter herzu gehen, Randl? Wiß't's es denn nicht? Der Bauer hat d' schwarzen Plattern!“

Die Alte bleibt erschrocken stehen. Dann wackelt sie ärgerlich mit dem Kopf: „Du satrischer Bub! Forpen willst mich, damit ich 'n Groß-Reicher nit ein glückselig's Neujahr wünschen kann und um sein Dank komm!“

„Beileib nit, Randl! Gewiß ist's. Ueber und über schwarz schaut er dir her, unser Bauer und...“ er verstummt erschrocken. Vom Waldsteig aus dem Lidgraben her kommt ein junger Bursche. Was jezt tun? Die Alte hext nicht hinein und der Junge soll... hui und

was für einer der ist...! Lenz erkennt ihn jezt... da wird aber der Bauer Augen machen und das wird eine Dey geben, wenn man den mit Hall und Schall und allen Ehren in die Stube führt! Inzwischen torkelt die Randl näher.

Aber Lenz weiß sich zu helfen. „Marand Josef, Randl, rennt's nit in euer Glend! Vier Wochen lang dürft ihr nachher mit keiner Seel' ein Sterbenswörtel reden und beim Tullner-Schmied drüben erwarten? euch schon so hart! Die Bäurin hat's in die Fäß...“ „Du mein!“ jammert sie seit gestern Abend, „wenn nur die Kräuter-Randl käm und mir helfet...“

Weiter braucht Lenz nicht zu schwadronieren, denn Randl trippelt schon eiligst den Fäß zur Tullner-Schmiede hinüber. Vier Wochen lang nit reden dürfen!

Zwei Minuten später reißt Lenz die Stubentür auf und vor dem aufblickenden Groß-Reicher steht der Lehbauern-Hans. Einen Moment sehen sie einander schweigend an. Lenz ist verschwunden, Hans hat die Tür hinter sich zugebrückt.

Jetzt sagt er schwer atmend: „Groß-Reicher — zu reden hätt' ich mit euch.“

„Red ohne Scheu!“ lautet die kühle, aber nicht unfreundliche Antwort.

„Wegen der Kofel ist's. Ihr wißt so gut wie ich, daß sie sich nie was hat zu schulden kommen lassen und daß ich's, bei unserem Herrgott droben, nie nit schlecht vermeint hab mit ihr. Aber in der Deut Räuler ist sie deswegen doch und heuer mehr noch wie gestern.“

Jetzt blüht der Bauer, wer bislang auf die Tischplatte niedergeschaut hat, jäh auf. „Wie das? Was meinst?“

„Den Lahnbauern hab ich verdroschen heuer Nacht beim Bienenwirt, weil er sie schlecht gemacht hat und euch dazu...“

„Riçh?“ braußt der Groß-Reicher zornig auf. „Red deutsch — was kann denn der Hungerbauer sagen über mich!“

Forschung folgt.

gen Regierung sein Vertrauen entgegenbringen könne und dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen werde. (Weisfall rechts. Allgemeine Bewegung.)

Abg. Haas (Dem.) betont die Sachlichkeit und ruhige Überlegung des neuen Kanzlers. Baden könne sich rühmen, daß es seit November 1918 überhaupt keine Krisis erlebt habe. Gewiß trage der fehlerhaft konstruierte deutsche Parlamentarismus an dieser Krise die Schuld, aber auch die Regierung belasse eine starke Schuld; daneben trage auch die Politik der Entente ein hohes Maß Schuld. Der Redner bezeichnet es als falsch, daß mit der sozialdemokratischen Fraktion Politik nicht gemacht werden könne. Die Sozialdemokratie habe einen sehr schweren Fehler begangen. Die Koalition in Preußen habe sich bewährt. Republik und Staaten seien besser gesichert, wenn die Deutsch-nationalen nicht in der Regierung sind. Der Redner tritt für eine Politik der Versöhnung zwischen Bürgertum und Arbeitererschaft ein.

Für die bayerische Volkspartei stimmte Abg. Leicht zwar dem Ermächtigungsgesetz zu, er sprach aber die Erwartung aus, daß man die bayerischen föderalistischen Wünsche berücksichtige und betonte, daß der Eintritt Dr. Emmingers in das Kabinett keine Bindung für die Fraktion bedeute. Der Kommunist Höflein als letzter Fraktionredner bezeichnete die sozialdemokratische Erklärung als „das schwächste Dokument der Unterwerfung“. Er sagte die Fortsetzung des Klassenkampfes durch die Kommunisten an. Herr v. Graefe (D.Völk.) erhob Einspruch gegen das Verbot seiner Partei.

Nach weiterer Erörterung fand die 2. Lesung ihren Abschluß.

Die 3. Lesung des Ermächtigungsgesetzes findet am Donnerstag statt.

Preussische Regierungserklärung zur Rheinlandfrage.

Berlin, 5. Dez.

Zu Beginn der Mittwochssitzung des preussischen Landtags gab der preussische Ministerpräsident Brauns namens der Staatsregierung zur Rhein- und Ruhrfrage eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte: Der Gedanke der Auflösung der Rheinlande von Preußen und der Schaffung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches, wozu ja auch die Reichsverfassung eine Handhabe bietet, ist nicht neu. Indes waren sich bisher alle Parteien im Rheinland darin einig, daß es nicht opportun sei, unter dem Druck der Besetzung eine Willensäußerung der Bevölkerung über diese Frage herbeizuführen, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den obwaltenden Umständen die Auflösung der Rheinlande aus dem preussischen Staatsgefüge der erste Schritt zur Auflösung dieses Gebietes vom Deutschen Reich wäre. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit dem Ansinnen gewehrt werden. Die Verhandlungen, die zurzeit von den Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, bewegen sich nicht immer im Rahmen der deutschen Verfassung. Die Reichsregierung hat einem aus den Parteien und Wirtschaftsverbänden gebildeten Fünfkommisionaratsrat die Ermächtigung gegeben, über wirtschaftliche und soziale Fragen mit den Besatzungsbehörden zu verhandeln. Ueber politische Fragen, Fragen staatsrechtlicher Natur, sollte der Ausschuss nicht berechtigt sein, zu verhandeln. Velder ist nunmehr zu konstatieren, daß bei den Verhandlungen, die die Beauftragten dieses Ausschusses mit dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission gepflogen haben, die politischen und staatsrechtlichen Fragen über die staatliche Umgestaltung des Rheinlandes mehr Gegenstand der Erörterung geworden sind, als die wirtschaftlichen und sozialen. Wird doch in gewissen Kreisen bereits gesprochen von einem selbständigen Staatsgebilde im Reich mit einer eigenen Steuerhoheit, selbständiger Verwaltung, eigenen Wirtschaftsgrenzen und eigener Währung! Ja man macht in diesen Kreisen bei den Erörterungen über den territorialen Umfang dieses neuen Staatsgebildes nicht einmal an den Grenzen des besetzten Gebietes Halt. Allen diesen Bestrebungen hat die preussische Staatsregierung den entschiedensten Widerstand entgegengeleitet; sie wird sie auch in Zukunft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Nach wie vor bleibt das bestehen, was ich bereits in der Sitzung des Landtags vom 9. Oktober dieses Jahres erklärt habe, daß die preussische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlande niemals preisgeben werde. Die Staatsregierung muß daher auch ablehnen, einer staatsrechtlichen Anerkennung, wie immer sie auch gestaltet sein mag, zuzustimmen. Sie lehnt vielmehr jede territoriale Anerkennung preussischen Gebietes und jede Beeinträchtigung preussischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ab. In dieser Stellungnahme kann sie sich erfreulicherweise auch einig fühlen mit der überwiegenden Mehrheit der preussischen Bevölkerung im besetzten Gebiet. Das preussische und deutsche Volk in allen seinen Schichten aber muß sich darüber klar sein, daß dieser Kampf um Rhein und Ruhr noch nicht beendet, sondern vielmehr in sein entscheidendes Stadium getreten ist. Mag kommen, was da will, ihren inneren Zusammenhang mit Preußen und der ganzen deutschen Volksgemeinschaft werden Rhein und Ruhr niemals verlieren.

Aus Stadt und Land.

Montag, 6. Dezember 1921.

Der würt. Landesverein für Bienenzucht ist durch die Geldnot in schwere finanzielle Not gekommen, so daß er sich genötigt sah, durch seine Mitglieder freiwillige Gaben zu erbitten und sein seit vielen Jahren bestehendes Vereinsorgan, die „Bienenflöte“, freizugeben. Einem neuerlichen Beschluß des Vorstandes zufolge soll aber jetzt der Vereinsbeitrag auf Goldmark gestellt werden. Auch soll die Zuberlieferung der Imker in die Hände der Landwirtschaftskammer gelegt werden.

Stuttgart, 5. Dez. (Finanzminister Dr. Schall über die Lage.) In der letzten Monatszusammenkunft der D. b. P. Stuttgarts sprach Finanzminister Dr. Schall über die augenblickliche politische Lage. Er betonte die Notwendigkeit der Stilllegung der Notepresse und bezeichnete als dringendste Aufgabe die Hebung der Einnahmen und die Verminderung der Ausgaben in einem von den Wenigsten noch geahnten Ausmaß. Unbedingt notwendig sei auch ein starker Abbau der zentralistischen Steuerhoheit zu Gunsten der Länder, die billiger und zweckmäßiger arbeiten können als das Reich. Ohne scharf durchzuführenden gründlichen Abbau der gesamten staatlichen Verwaltung und damit des Beamtenkörpers sei der Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft unabwendbar. Zu diesem Zweck habe die Regierung das Ermächtigungsgesetz eingebracht, eine Art Diktatur, aber nicht der Regierung, sondern der Staatsnotwendigkeiten.

ep. Stuttgarter Diakonissen nach China. Im Stuttgarter evang. Diakonissenhaus wurden die zum Dienst im deutschen Krankenhaus in Peking ausreisenden Schwestern Johanna Bayerlein, Auguste Ernst und Helene Gienhans im Beisein der Vertreter der kirchlichen Behörden feierlich verabschiedet.

Fleischpreisabschlag. Ab Mittwoch kostet 1 Pfd. Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 1.10, Rindfleisch 2. Güte 0.90, Kalbfleisch 1. Güte 0.80, 2. Güte 0.65—0.65, Kalbfleisch 1.20, Schweinefleisch 2.00, Hammelfleisch 1.00, Schaffleisch 0.60—0.75 Goldmark. Bei wertbeständiger Zahlung wird 10 Prozent Rabatt gewährt, auch bei Wurstwaren.

Selbstmordversuch. In einem Hause der Kriegsbergstraße nahm ein 18 Jahre alter Gymnasiast in selbstmörderischer Absicht Gift zu sich. Lebensgefahr besteht nicht. Beweggrund zur Tat: Mißerfolg in der Schule.

Redaktionssünden, 5. Dez. (Diebstahl.) In der Strichwarenfabrik von Bries wurde nachts eingebrochen und 12 Damenvestien, 12 Spulen, 2 Birnen von der Bedeutung gestohlen.

Sigmaringen, 5. Dez. (Der neue Kanzler.) Der neue Reichskanzler Dr. Marx hat neuerdings besondere Beziehungen zu Sigmaringen erhalten. Seine einzige Tochter ist mit dem Vorstand des hiesigen Kulturamts, Reg.-Rat Dr. Kurig, verheiratet. Vor kurzem wollte Dr. Marx mit seiner Gattin acht Tage hier.

Ulm, 5. Dez. (Vom Kommunalverband.) Der vorläufig feigenommene Kommunalverbandsgeschäftsführer ist noch am Tage seiner Verhaftung auf freien Fuß gesetzt worden. Ein gerichtliches Verfahren ist eingeleitet.

Landau, 5. Dez. (Verhaftung des Doppelmörders Hundertpfund.) Der Doppelmörder R. Fr. Hundertpfund, der am Allerheiligtag in Saig bei Tübingen die Köferschleute Wilhelm Köpfer ermordet und in den Brandweiser geworfen hat, ist hier verhaftet worden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Ein Meisterstück der Schiffbaukunst. Der auf der Schiffswerft Danzig für den Nordd. Lloyd gebaute Doppelschraubendampfer „Kolumbus“ (32000 Bruttoregistertonnen) traf in Bremerhaven nach glücklich verlaufener Überführungsdreise ein, bei der gleichzeitig die Maschinenanlagen und die bisher fertiggestellten Resselbrücken mit gutem Erfolg erprobt wurden. Das Schiff steht nunmehr in allen Teilen vor seiner baldigen völligen Fertigstellung.

Selbstmord im Gerichtssaal. Im Strafkammerungssaal des Landgerichts zu Bremen fand ein großer Baumwolldiebstahl- und Hehlereiprozess gegen nicht weniger als 35 Angeklagte statt. Kurz nach dem Präsident den Namen eines wegen Diebstahl mitangeklagten Prokuristen einer Baumwollfirma mit einem Strafmaß von einem Jahr acht Monaten Zuchthaus genannt hatte, brachte im Gerichtssaal ein Schuß. Der mit neunzehn anderen Angeklagten in der hinteren von zwei Anklagebänken sitzende Prokurist hatte unter dem Eindruck seiner Beurteilung zur genannten Zuchthausstrafe eine Pistole aus der Brusttasche gezogen und sich einen sofort tödlichen Schuß durch den Kopf beibracht.

Der Besuch in Tübingen. Der Besuch strömt wieder Lavamassen aus und die glühende Masse bedroht die Umgebung. Die Bevölkerung ist außerordentlich besorgt und hält sich fluchtbereit.

Der Dichter und sein Lied.

Singe, wenn Gesang gegeben,
In dem deutschen Dichterswald,
Das ist Freude, das ist Leben,
Wenns von allen Zweigen schallt.

So sang der schwäbische Meister der deutschen Lyrik über die „freie Kunst“, unser unvergänglicher Ludwig Uhland, und in der Tat, ich möchte meiner Betrachtung über das, was uns in freien Stunden zu Erholung im nervenaufreibenden Alltagskampf so stimmungsvoll erhebt, wohl keine sinnigere Einleitung voranstellen.

Welch eine Fülle in reiner, formvollendeter Sprache lyrischer Kunst ist uns schon geboten worden als ein unverlegbarer Vorrat und eine nie erschöpfende Quelle idealer Gedanken über das, was unserem geistigen Auge im Wilde begegnet und wohlgefällt. Geräumige Bibliotheken in prächtigen Museen, Privathäusern und Vereinigungen aller Art legen ein bereitetes Zeugnis davon ab, von der Ausbreitung dieses literarischen Samens nicht nur über alles deutsche Land, sondern in allen Sprachen über die ganze Welt.

So gibt der Dichter und sein Lied immer wieder erfreulichen Anlaß zur Eintracht und zum Zusammenwirken in herzlichem Vereine unter den Friedensbüchern. Er ist, wie Berthold Auerbach einmal sagte, ein Hörer und Heger im großen Menschenwald. Sein Schauen in die Tiefe des eigenen Herzens, gepaart mit einem warmen Fühlen und Denken, leiht seinem Gesichte die Flügel, sich zu schwingen in die Höhen der Sphärenwelt. Es ist keine Phantasie, sondern sein Gemüt beherrscht ein wohnig berauschendes Gefühl, als drücke ihm eine heimliche, unmerkliche Gewalt die Feder in die Hand, um gleich einem klaren, dahinflutenden Strom vom Bergfels zum Meer die gewonnenen Eindrücke über das Leben und seine Aufgaben in lyrische Wortkunst zu kleiden. Es ist, als säßere ihm ein unsichtbares Wesen all die Schönheiten der Gedanken in lieblichster Sprache ins Ohr. Und das so vollbrachte Werk fügt sich nicht nur in die große Wahrheit trefflich ein, sondern wird zur Wirklichkeit und zum Gemeingut des Volkes. Denn Dichtung und Wahrheit gehören zusammen.

Nach dir zu forschen, welch himmlisch Vergnügen!
Für dich zu kämpfen, welch heiliger Krieg!
Durch dich den Wahn und den Irrtum besiegen:
Kunst alles Schönen, o welch ein Sieg!

Ja, welch ein Sieg! — Aber leider kommt, wie die Chronik lehrt, dieser erfreuliche und feierliche Dank für den Dichter und sein Lied erst zum Ausdruck, wenn ihn längst der grüne Rasen deckt. Für ihn gilt nur der eine süße Trost, den der Ewig in Schillers „Teilung der Erde“ ihm zuruft:

Wirst du in meinem Himmel mit mir leben,
So oft du kommst, er soll dir offen sein!

Ob die Mittwelt mehr oder weniger Gefallen findet an den Schöpfungen der dichterisch begabten Rufenslieder, so sollte man doch ihre Lust und Freude daran nicht zu verkümmern suchen dadurch, daß man ihnen das äußere Fortkommen erschwert, sondern handeln im Sinne des weisen amerikanischen Einsiedlers Bob: „Die Not ist groß! Zweifel und Verzweiflung schreiten feilemstündig durch die Welt und der Menschheit Ideale fischen hin! Ach, tragt sie weiter, die Religion der Lichter, besitzenden Weltanschauung, Millionen dörren darnach!“

So sucht der Dichter und sein Lied in feinsinnigem Gedankengang die so vielfachen Anschauungen bildende Menschheit zu veredeln. Wenige unter Vielen sind es, die von der Vorsehung dazu berufen sind, als ein Hörer und Heger im großen Menschenwalde segensreich zu wirken. Doch den Gebildeten aller Stände erwächst dadurch die Pflicht, das ideale Streben dieser wenigen Beherzlichen der Kunst aller Künste tatkräftig fördern zu helfen als dem Verdienste seiner Krone. Und in diesem Sinne schließe ich mit den Worten unseres Schiller:

Von ihrer Zeit verstoßen, flüchte
Die erste Wahrheit zum Gedichte
Und finde Schutz in der Kamöden Chor.
In ihres Glanzes höchster Fülle,
Fruchtbarer in des Reizes Hülle,
Erlebe sie in dem Gesange
Und räche sich mit Siegesklänge
An des Verfolgers selgem Ohr.“

Handel und Verkehr.

Amth. Berliner Devisenkurse vom Mittwoch, 5. Dez. (Die Notierungen sind in Milliarden M. zu lesen.)

1 Pollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5.
Mittelkurs 1000,0.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Brüssel 195,31 G., 196,49 Br.
Christiania 628,425 G., 631,575 Br.
Kopenhagen 752,115 G., 755,885 Br.
Stockholm 1107,225 G., 1112,775 Br.
Italien 181,245 G., 182,455 Br.
London 18 354 G., 18 446 Br.
Paris 225,435 G., 226,565 Br.
Schweiz 734,16 G., 737,84 Br.
Spanien 546,63 G., 549,37 Br.
D.-Oesterreich 0,058 852 G., 0,059 148 Br.
Frag 123,69 G., 124,31 Br.
Buenos Aires 1316,7 G., 1323,3 Br.
Goldanleihe 4200 bei voller Zuteilung.
Dollarkurs 4400 bei 3 Proz. Zuteilung.

Wirtschaftszahlen vom Mittwoch:

Wertbeständiges Geld:
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 „ = 1050 „ „
0,42 „ = 420 „ „
0,21 „ = 210 „ „

Wertbeständiges Städtelgeld:
1,00 Goldmark = 1000 Milliarden Papiermark
0,50 „ = 500 „ „
0,20 „ = 200 „ „

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle (S. 12.) 1 Mill. Silberanleihepreis vom 3. Dez. ab 400 Ra.-fach.
Lebenshaltungszindex (26. Nov.) 1535 Ra.-fach.
Lebensmittel (Großhandel, 27. Nov.) 1342,5 Ra.-fach.
Stuttgarter Index (3. Dez.) 1350,9 Ra.-fach.
Großhandelsindex (27. Nov.) 1422,9 Ra.-fach.
Einfuhrwarenzindex (27. Nov.) 1627 Ra.-fach.
Inlandwarenzindex (27. Nov.) 1382 Ra.-fach.
Buchhändlererschließzahl (ab 4. Dez.) 1100 Ra.
Buchdruckererschließzahl (ab 30. Nov.) 63 Ra.

Amth. Berliner Produktennotierungen vom 5. Dez.:
Weizen, märk. 180—183, matt, mecklenburg. 174—176;
Roggen, märk. 159—160, pomm. 159—160, schief. 161 bis 163, westpreuß. 159; Sommergerste, märk. 106 bis 107, flau; Haber, märk. 146—148, pomm. 143—145, schief. 145—146, in Goldmark oder Rentenmark. Weizenmehl 29—33,5, matt; Roggenmehl 27—30,5; Weizen- und Roggenkleie 7—7,20; Haas 335; Sibiria.

erbsen 48-58; N. Speiseerbsen 33-36; Pelusischen 17 bis 19; Serabella 1920 20-23; Napskuchen 13, in Goldanleihe oder Rentenmark.

Stuttgarter Börse. Waflse auf der ganzen Linie! Es ist geradezu toll, wie die sovielen unterbewerteten Aktien verschleudert werden, obwohl ganz klar ist, daß eine Tausendmarkaktie eines halbwegs ordnungsgemäßen Unternehmens doch noch eine Goldmark wert ist. Der Zeitpunkt, wo die Effekten auf Goldmarkt gesetzt werden, sieht noch gar nicht fest, aber er kommt sicher im neuen Jahr, und dann hat die Spekulation, die jetzt zu diesen Schleuderkursen einläuft, wieder den Vorteil, das Publikum aber, das aus Angst vor der Mark in die Aktien stieg, ist der Dumme. An der heutigen Börse gab es Kursabschlüsse bis zur Hälfte des Wertes: Vereinsbank 2,5 (letzte Kurs 3,5 Billionen Prozent), Notendank 80 (100), Hypothekendank 1,2 (2,5), Brauereien: Ravensburg 2 (3), Ehlingen 1,5 (2), Walle 4 (7), Spinnerellen: Kold und Schüle 12 (18), Kammgarn Bietzheim 40 (51), Ehlingen 20 (30), Hiltz 18 (25), Hansa 30 (40), Döhner 45 (50), P. I. (11), Koch-Froschingen 20 (25), Maschinenaktien: Palmier 2,9 (3,8), Ehlinger 8,5 (7), Besser 4,5 (6), Redarfulmer 6 (6,5), Magirus 2,6 (3,5). Sonstige Werte: Aktien 25 (27), Zement Heidelberg 13 (13), Knorr 7 (6,5), Krumm 3,5 (3,5), Sonntag 1,5 (2), Besser 1 (1,4), Vereinsdruckerei 0,85 (1,1). — Im Fremverkehr waren die Kursstürze noch stärker, fast durchweg — 50 Prozent.

Württ. Schweinemärkte. Salingen: Zufuhr 251 Milchschweine. Handel sehr flau. Etwas die Hälfte blieb unverkauft. Preis pro Stück 8-20 G.M. — Hall: Zufuhr 708 Milchschweine, davon 600 verkauft, das Stück zu 10-20 G.M. — Uehringen: Bei genügender Zufuhr galt das Paar Milchschweine 30-35 G.M.

Letzte Nachrichten.

Rheinlandsfrage.

WTB. Berlin, 6. Dez. Im Reichskabinett wurde gestern die Beratung über die Rheinlandsfrage fortgesetzt. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der preuß. Staatsregierung beschloß auch die Reichsregierung, daß die Lösung der Rheinlandsfrage nur im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung erfolgen kann.

Bildung eines Rheinlandsausschusses.

WTB. Berlin, 6. Dez. Die gestrige Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern des Rheinlandes diente lediglich der Festlegung der Tagesordnung für die heute Mittag um 1 Uhr beginnende sachliche Beratung. Bei der gestrigen Besprechung machte der Reichskanzler davon Mitteilung, daß innerhalb des Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Jarres ein Rheinlandsausschuß gebildet worden ist, dem der Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister und der Minister für die besetzten Gebiete angehören. Laut „Vorwärts“ soll in der heutigen Sitzung u. a. die Frage der Weiterunterstützung der Gewerkschaften und Sozialrentner im Reichgebiet behandelt werden, da die für diesen Zweck bewilligten 100 Millionen Rentenmark aufgebraucht seien.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Kabinett.

WTB. Berlin, 6. Dez. In der gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Kabinett wurde bei der Aussprache über die Mittel zur Überbrückung der immer schwieriger sich gestaltenden wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch im besetzten Gebiet, der Beschluß gefaßt, Gewerkschaften-Unterstützungen künftig in solchen Fällen nicht mehr zu zahlen, in denen von nachweislich vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird.

Die Deutschnationalen für eine Reichstagsauflösung.

WTB. Berlin, 6. Dez. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, stellte die deutschnationale Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung fest, daß es nach wie vor das Ziel der Deutschnationalen sei, dem im Volk vorhandenen Wunsch nach Neuwahlen Rechnung zu tragen. Die Fraktion beschloß einstimmig, dem Ermächtigungsgeß nicht zuzustimmen.

Hilfe für die notleidende deutsche Bevölkerung.

WTB. Amsterdam, 6. Dez. Am 10. Dezember wird der erste Lebensmittellag des Niederländischen Roten Kreuzes nach Berlin abgehen.

WTB. Haag, 6. Dez. In einer Versammlung des Vorstandes des Roten Kreuzes und der Vertreter von 19 Organisationen zur Hilfeleistung in Deutschland ist beschlossen worden, in ganz Holland an einem bestimmten Tage eine

allgemeine Sammlung zugunsten der notleidenden deutschen Bevölkerung abzuhalten.

Gewerkschaften-Demonstrationen.

WTB. Wanne, 5. Dez. Heute Vormittag kam es in Wanne zu energischen Demonstrationen der Gewerkschaften. Die Delegierten von Wanne, Eickel und Höltinghausen rückten in geschlossenem Zug vor das Rathaus in Wanne und verlangten dort durch eine Deputation des Betriebsrats die Auszahlung einer Gewerkschaftsunterstützung in doppelter Höhe der monatlichen Löhne. Während hierüber verhandelt wurde, drängten die Massen die zum Schutze des Rathauses aufgestellte Polizeitruppe zurück und griffen sie mit Revolvergeschüssen und Steinwürfen an. Die Polizei machte, nachdem 6 Schüsse auf sie abgegeben und mehrere Polizeibeamte durch Steinwürfe verletzt worden waren, in der Notwehr von der Schutzvolle Gebrauch, wobei nach vorläufigen Feststellungen 7 Personen getötet und etwa 30 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Durch Eingreifen der Besatzungstruppen wurden die Demonstranten zerstreut und die Nacht wiederhergestellt.

Umkehrung des Kursziels auf wertbeständige Wafse.

WTB. Berlin, 6. Dez. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, geht die schon vor einiger Zeit innerhalb des Reichswirtschaftsvorstandes angeknüpfte Frage der Umkehrung des Kursziels der Berliner Börse auf eine wertbeständige Wafse nunmehr ihrer Lösung entgegen. Die Grundlage für die neuen Notierungen für Effekten soll die Rentenmark bilden.

Ein Fang.

WTB. Würzburg, 3. Dez. Auf Veranlassung einer hiesigen Fibel wurden durch die hiesige Kriminalpolizei zwei im französischen Solde stehende Separatisten verhaftet. Sie waren hier angeblich, um Maschinenteile für eine rheinische Zeitung zu kaufen. In dem Besitz der beiden Französlinge fanden sich reiche Vorräte in Franken und Papiermark.

Keine Friedensprelsverteilung.

WTB. Christiania, 6. Dez. Das 2. Komitee des Storching beschloß, den Friedenspreis in diesem Jahre nicht zu verteilen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Bekanntmachung

betr. die vom 6. Dezember 1923 ab gültigen Bewertungs- sätze für Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn werden ab 6. Dezember 1923 veranschlagt:

	auf den Tag auf die Woche auf den Monat		
	M	M	M
	in Milliarden		
1. Für Lehrlinge, Lehrlingmädchen, weibliche Hausangestellte, Wäbe und sonstige gering bezahlte weibliche Hilfskräfte			
a) die volle freie Station (Wohlführung einchl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)	960	6720	28 800
b) die freie Woflführung (ohne Wohnung)	800	5600	24 000
2. Für männliche Hausangestellte, Knechte, männl. u. weibl. Gewerbegehilfen u. für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen			
a) die volle freie Station	1280	8960	38 400
b) die freie Woflführung	1070	7490	32 000
3. Für Angestellte höherer Ordnung z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren			
a) die volle freie Station	1600	11 200	48 000
b) die freie Woflführung	1330	9 320	40 000

Der Wert einzelner Teile der Woflführung und sonstiger Sachbezüge wird durch das zuständige Finanzamt veranschlagt.

Nach Abhebung der Ermäßigungsbeiträge werden die einzubehaltenden Steuerbeträge auf volle Milliarden Mark nach unten abgerundet.

Altensteig, den 5. Dezember 1923.

Finanzamt: Daberich.

Altensteig.
**Futtermehl
und Kleie**
empfiehlt billigt
Karl Silber.

Zur
Portoersparnis
eignen sich
Postkarten
großes Format
(auch mit Zimmenaufdruck)
stets zu haben in der
W. Rieker'schen
Buchdruckerei
Altensteig.

Die Gemeinde Nischthalben
verkauft am Samstag, den 8. ds. Mt., mittags 1 Uhr auf dem Rathaus
10 St. Fichten
I-III. R.
mit 16,15 Hektometer
an den Reichsbetrieben.
Gemeinderat.

Altensteig.
Sicherheits-Sprengstoffe
Sprengpulver, Zündschnüre u. Sprengkapseln
in verschiedenen Fabrikaten für Stockholz- und
Gefahrensprengung liefert ab Lager
zu billigsten Tagespreisen
Lorenz Luz jr., Telefon 46.

OSTERTAG-
Kassenschränke
Vertr. G. Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

GESANGBÜCHER

für Konfirmanden

in grosser Auswahl und verschied. Preislagen empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

